

Interpellation

Näf, Muri (SP)

Zahlen Berner StromkonsumentInnen neben Polit-Propaganda auch Wahlkampfspenden an politische Parteien?

In Zusammenhang zur Volksabstimmung im Kanton Waadt bezüglich der Betriebsverlängerung des AKW Mühleberg, legte der Regierungsrat offen, dass sich das Unternehmen BKW mit ca. 500'000 Franken in den Abstimmungskampf eingemischt hatte. Die Aktien der BKW gehören zur Mehrheit dem Kanton Bern und Bernerinnen und Berner haben das Recht zu erfahren, in welchem Rahmen Einnahmen aus dem Stromverkauf in Abstimmungskämpfe fliessen oder an politische Parteien gehen. Solche Finanzierungen sind unvereinbar mit unserem demokratischen System. Stromkonsumentinnen und -Konsumenten, welche eine andere Meinung als die BKW haben, müssen mit dem Begleichen ihrer Stromrechnungen eine Propaganda unterstützen, die sie entschieden ablehnen. Die meisten Bernerinnen und Berner haben nämlich keine Alternative zum Monopol-Stromlieferant BKW.

Der Regierungsrat wird gebeten, die folgenden Fragen zu beantworten:

Fragen:

1. War dem Regierungsrat im Voraus bekannt, dass sich das Unternehmen BKW an der Finanzierung des Abstimmungskampfs im Kanton Waadt beteiligen wollte?
2. Viele Kundinnen und Kunden der BKW möchten keine politische Propaganda mit dem Bezahlen ihrer Stromrechnung unterstützen, welche Möglichkeiten haben sie dazu?
3. Bezahlte das Unternehmen BKW in den vergangenen Jahren Beiträge an politische Parteien oder Wahlkomitees bzw. sind solche vorgesehen?
4. Wie sorgt der Regierungsrat in Zukunft dafür, dass das Unternehmen BKW weder Abstimmungskämpfe bezahlt, noch politische Parteien finanziell unterstützt?

8. November 2009